Gesundheitsreform – der Kessel kocht!

Zum Thema Gesundheitsreform wird fast jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf getrieben – wahrscheinlich bewusst inszeniert, um auszuloten, wie die öffentliche Reaktion ausfällt. Der Reformdruck wird so erhöht und die Regierung glaubt, die Bürger so auf Abgabenerhöhungen und Leistungskürzungen vorbereiten zu können.

Gut ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel sinkt einer Forsa-Umfrage zufolge das Vertrauen der Deutschen in die Problemlösungsfähigkeit der großen Koalition. Derzeit glauben nur noch 40% der Deutschen, dass die Koalition aus Union und SPD die Probleme Deutschlands besser lösen kann als die rot-grüne Vorgängerregierung. Im November 2005 lag dieser Wert noch bei 47%. Dabei muss berücksichtigt werden, dass bisher nur einige geplante Grausamkeiten in die Diskussion geworfen wurden: die Erhöhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer, die Halbierung des Steuerfreibetrages, die Kappung der Pendlerpauschale und die Reichensteuer. Ein fetter Brocken wartet noch auf die Bürger, nämlich die Umstrukturierung des Gesundheitssystems.

Vorgabe: „tendenziell teurer“

Vollmundig wird von einer großen Gesundheitsreform geredet, die das System auf Jahre wetterfest machen soll. Die Kanzlerin hat die Vorgabe „tendenziell teurer“ angekündigt. Die Bundesregierung will gewährte Subventionsmilliarden für die Krankenkassen streichen. Im Jahr 2007 soll der in diesem Jahr erreichte Beitrag von 4,2 Milliarden Euro auf 1,5 Milliarden Euro reduziert werden, 2008 soll der Beitrag dann ganz entfallen. Prompt kündigten die Krankenkassen eine Erhöhung der Beiträge um einige Prozentpunkte an – eine Senkung der Lohnnebenkosten wird so nicht erreicht.

Die Anhebung des regulären Mehrwertsteuersatzes um 3 Prozentpunkte von 16% auf 19% ab 1. Januar 2007 wird die Ausgaben der Krankenkassen jährlich um etwa eine Milliarde Euro in die Höhe

treiben. Davon entfallen rund 800 Millionen Euro auf die sich verteuernende Arzneimittelversorgung. Um etwa 200 Millionen Euro dürften die GKV-Ausgaben für Medizinprodukte und Hilfsmittel steigen.

Wenn es um die Finanzierung des Systems geht, hat die Koalition viele Eisen im Feuer, die abwechselnd geschmiedet werden. Kaum war das „Fonds-Modell“ ins Gespräch gebracht, wurde es auch schon heftig kritisiert. Das Modell sieht vor, dass alle Versicherten einkommensabhängige Beiträge in einen Fonds einzahlen. Jede Kasse erhält daraus eine einheitliche Prämie. Kassen, die damit nicht auskommen, müssen von ihren Versicherten eine zusätzliche Prämie fordern.

Hände weg von der PKV!

Ein weitere Idee ist es, eine Behandlungspflicht zu bestimmten Gebührensätzen für privat versicherte Personengruppen wie z. B. Beihilfeberechtigte und Standardtarif-Versicherte vorzusehen. Die dafür abgesenkten Gebührensätze sollen in der GOÄ verbindlich verankert werden. Im Gespräch ist eine Absenkung des Schwellenwertes vom 2,3- auf das 1,7-fache. Beruhigend ist, dass namhafte Juristen die Auffassung vertreten, dass eine solche Regelung gegen die Verfassung verstößt. Ganz abgesehen davon, könnte der Staat Beihilfemittel auch durch die alleinige Absenkung des Beihilfeniveaus ohne gleichzeitige Einsetzung einer privatärztlichen Behandlungspflicht einsparen.

Ulla Schmidts Lieblingskind ist eine Gleichschaltung der Leistungskataloge von gesetzlicher (GKV) und privater Krankenversicherung (PKV), um dann

Foto: stockxchng

Rücklagen der PKV in die GKV überführen zu können, wobei auch hier ernste verfassungsrechtliche Bedenken bestehen. Seit Jahren steigt die Zahl der Privatversicherten in etwa dem Umfang in dem die Masse der Zwangsversicherten zurückgeht. Freiheitliche Regelungen wie Wahltarife, Eigenbeteiligung oder Beitragsrückzahlungen sind der Gesundheitsministerin und ihrem Hauptberater suspekt. Sie werden mit der Allzweckwaffe „unsozial und unsolidarisch“ bekämpft. Das angestrebte Ziel ist: Alles wird gleich behandelt und alles ist gleich teuer und gleich schlecht.

Man kann hier nur mahnen: Hände weg von der PKV! Sie beteiligt sich schon heute überproportional an den Kosten des Systems und ermöglicht mancher Arztpraxis das wirtschaftliche Überleben.

„Mehr Staat“ contra „Mehr Freiheit“

Es kristallisiert sich aktuell in Deutschland wieder eine starke Blockbildung heraus mit den konträren Devisen „Mehr Staat“ oder „Mehr Freiheit“. Mehr Freiheit ist in den bisherigen Diskussionen eher unterrepräsentiert gewesen. Ich befürchte, das wird auch so bleiben. Eigenverantwortung, Selbsthilfe und Eigeninitiative sind von vielen Bürger offenbar nicht gefragt. Die Vollkasko mentalität wird von der Mehrheit bevorzugt.

Am 19. Mai 2006 ist der dritte große Ärzteprotest in Berlin vorgesehen. Hoffentlich begreift die Politik endlich, dass ein Kurswechsel dringend erforderlich ist. Auf jeden Fall sollten alle Ärzte den Protest unterstützen und durch ihre Solidarität den Reformdruck im System erhöhen. *Dr. Werner Kersten, Moers*

Impressum „Der ÄDA informiert“

Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Ludger Klimek, Wiesbaden

Redaktion: Markus Seidl

Urban & Vogel Medien und Medizin
Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Neumarkter Straße 43

81637 München

ÄDA-Geschäftsstelle: Service Systems
Carin Fresle, Ursula Raab
E-Mail: aeda@sersys.de